

In der Zwickmühle

Die Politiker haben den Feind identifiziert:

China ist an der Rohstoffmisere der deutschen Industrie schuld. Doch ohne sich in ordnungspolitischen Widersprüchen zu verstricken, ist ein Eingreifen nur schwer möglich. Deshalb hofft die Politik auf eine konzertierte Aktion der Unternehmen.

Von Katharina Schlüter

Berlin, Reichstag, Ende Oktober: Der Sitzungssaal der CDU/CSU-Fraktion ist rappellvoll. Abgeordnete, Diplomaten und Unternehmensvertreter sitzen dicht an dicht, die Stimmung ist angespannt. Kein Wunder, denn es geht um ein großes Thema: Die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Rohstoffen. „Ich erlebe immer wieder, wie mittelständische Unternehmen bei Rohstoffengpässen unter Druck kommen“, sagt der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder, und der gemeinsame Feind ist schnell gefunden: die Chinesen. Genau wie die Brasilianer früher würden die Chinesen jetzt einfach sagen: „Das sind unsere Rohstoffe.“ Bei einer derartigen Argumentation stocke einem schon mal der Atem, so Kauder. Die rund ein Dutzend Chinesen im Raum machen fleißig Notizen, zu Wort meldet sich

keiner. An ihrer Misere sind die Industrienationen zum größten Teil jedoch selbst schuld. Besonders klar lässt sich dies an den sogenannten seltenen Erden zeigen. Seltene Erden wie Cer, Lanthan, Neodym und Europium haben zwar nur einen ge-

>>

Es gibt Länder in Afrika, in denen sich China bis zu 75 Prozent der Rohstoffvorkommen gesichert hat. In zwei bis vier Jahren ist Afrika ausverkauft.

ringen Wertschöpfungsanteil. Aufgrund fehlender Substitutionsoptionen sind sie aber für viele Hochtechnologie-Unternehmen wie Windturbinen- und Elektromotorhersteller unverzichtbar. In der Förderung und Aufbereitung seltener Erden ist

China mit einem Marktanteil von 97 Prozent in einer komfortablen Monopolstellung. Diese Monopolstellung nutzt China geschickt aus: Da die Höhe der jährlichen Produktion sowie die Exportmengen und -preise eine zentralstaatliche politische Entscheidung sind, kann die chinesische Regierung Unternehmer und Politiker weltweit unter massiven Druck setzen. So kam es im Oktober 2010 zu plötzlichen Versorgungsengpässen, als China wegen eines Territorialkonfliktes mit Japan den Export seltener Erden vorübergehend einfach aussetzte. Als Reaktion bleibt Unternehmen kurzfristig keine andere Option, als diese Risiken durch die

<<

Verlagerung der Produktion nach China zu reduzieren. Dass so Arbeitsplätze und Know-how nach China wandern, ist aus Industriestaatenperspektive beunruhigend. Die WTO hat Chinas Exportbeschränkungen zwar inzwischen als illegal

eingestuft, Peking scheint dies aber relativ egal zu sein.

Dabei ist die chinesische Monopolstellung nicht naturgegeben, denn China verfügt nur über geschätzte 36 Prozent der weltweit vorhandenen seltenen Erden. Bis in die neunziger Jahre hinein gehörten die USA zu den wichtigsten Förderländern. Da die Extraktion der seltenen Erden aber die Umwelt stark belastet, haben die westlichen Industrienationen die seltenen Erden gerne aus China gekauft – und die eigene Produktion eingestellt. Insofern hat der sich jetzt so über China echauffierende Westen viele Jahre von den günstigen, unter daheim nicht darstellbaren Bedingungen produzierten seltenen Erden profitiert. Und auch der Verkauf von praktisch allen wichtigen Extraktionskompetenzen von anderen Rohstoffen wie Kohle ist rückblickend zu bedauern. All dies hat dazu geführt, dass Rohstoffe in den letzten Jahren zu einem freien Radikal in den Unternehmensbilanzen geworden sind, manche

Rohstoffe sind zu bestimmten Zeitpunkten praktisch gar nicht mehr erhältlich.

Abhilfe sucht die Bundesregierung vor allem in bilateralen Partnerschaften (vgl. Interview). Der erste Rohstoffpartner ist seit Oktober die Mongolei, Kasachstan soll bald folgen. Die Partnerschaften sollen einen politischen Rahmen bilden, für die Rohstoffsicherung ist nach wie vor die Industrie selbst verantwortlich. Die Regierung unterstützt Unternehmen dabei durch Garantien, F&E-Förderung und Beratung.

Der große politische Bruder

Im Vergleich zu anderen Ländern ist diese Politik sehr moderat. So baut zum Beispiel die japanische Regierung eigene Rohstofflager auf, was die Bundesregierung in ihrer Rohstoffstrategie explizit ausschließt. Christian Angermayer, CEO des Finanzdienstleisters Angermayer, Brumm & Lan-

ge, begrüßt die Rohstoffpartnerschaften trotzdem: „Die meisten Rohstoffvorkommen gibt es in den Emerging Markets. In diesen Ländern gibt es eine viel engere Verzahnung zwischen Politik und Wirtschaft, und so wird dort von einem Private-Sector-Unternehmen erwartet, dass es die Politik im Schlepptau hat. Hier liegt der Wert der bilateralen Partnerschaften.“

Für Philipp Kistner, Head of Corporate Development des Rohstoffunternehmens CRONIMET Mining AG, sind die bilateralen Partnerschaften in erster Linie ein Stück Rechtssicherheit: „Allein um herauszufinden, ob sich der Abbau einer Lagerstätte lohnt, müssen wir mehrere Millionen Euro in Explorationsprogramme und Machbarkeitsstudien investieren. Schlimmstenfalls kann es passieren, dass uns nach einem positiven Explorationsbefund keine Bergbaulizenz erteilt oder eine ausgestellte Bergbaulizenz später wieder entzogen wird. In so einer Situation ist es natürlich hilfreich, den starken politi- >>

schen Bruder im Rücken zu haben." Uneingeschränkt positiv sieht Kistner die Partnerschaften, genauer gesagt das Zustandekommen der Partnerschaften, trotzdem nicht: "Bei der Auswahl der Mongolei als Partnerland haben wohl eher politische als wirtschaftliche Aspekte eine Rolle gespielt. Z.B. ist die Mongolei infrastrukturell so schwach ausgeprägt, dass die Extraktion bzw. der Abtransport der Rohstoffe Investoren vor große Herausforderungen stellt. Auch die Finanzierbarkeit von Rohstoffprojekten in der Mongolei ist derzeit nur eingeschränkt gegeben."

Deutschland muss „Gas geben“

Das große Problem der deutschen Industrie ist, dass sie keinen Giganten wie den britisch-australischen Konzern Rio Tinto hat, der einfach mal 5 Milliarden Euro für ein attraktives Investitionsprojekt auf den Tisch legen kann. An dieser Stelle soll die

neue, vom BDI koordinierte „Rohstoffallianz“ helfen. Medienberichten zufolge werden sich zunächst zwölf Unternehmen, darunter Thyssen-Krupp, Evonik und BASF, beteiligen und dann ab dem Frühjahr gemeinsam für den Zugang zu Rohstoffen kämpfen. Dabei ist der Kapitalbedarf immens: So fordert der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Joachim Pfeiffer, dass die deutschen Unternehmen „Gas geben“ müssten, in der BDI-Rohstoffallianz sollte „ein einstelliger Milliardenbetrag“ zusammenkommen. Ob eine derartige Summe trotz stark divergierender Interessen der Mitgliedsunternehmen gestemmt werden kann, bleibt abzuwarten. Vorsichtshalber bringt Unionspolitiker Phillipp Mißfelder im FINANCE-Interview einen staatlich unterstützten Rohstofffonds ins Spiel. Damit allerdings begäbe sich die Bundesregierung auf einen riskanten Schlingerkurs: Es ist schwierig, China für seine Rohstoffpolitik zu kritisieren und gleichzeitig Rohstoffe für die ein-

heimische Industrie zu horten. Auch dürfte sich die Situation an den internationalen Rohstoffmärkten nur weiter verschärfen, wenn immer mehr Länder Rohstofflager aufbauen.

Ein abgestimmtes Vorgehen innerhalb der Europäischen Union wäre wünschenswert, doch die Verhandlungen auf europäischer Ebene erweisen sich als extrem langwierig. Dafür ist eigentlich keine Zeit, denn während sich ein Dutzend Chinesen auf dem Rohstoffkongress der Union Notizen machen, reisen vermutlich Hunderte durch die Welt, um sich attraktive Minen zu sichern. Angermayer: „Es gibt Länder in Afrika, deren Landkarte bereits zu 50 bis 75 Prozent von meist exklusiven Kooperation mit Chinesen gekennzeichnet ist. In zwei bis vier Jahren ist Afrika ausverkauft.“ Die Rohstoffpartnerschaft mit der Mongolei erscheint wie ein Tropfen auf den heißen Stein. ||

katharina.schlueter@finance-magazin.de

Quelle:

FINANCE – Das Magazin für Finanzchefs, Dezember 2011 / Januar 2012, S. 50-52: „In der Zwickmühle“ von Katharina Schlüter

"© Alle Rechte vorbehalten. Financial Gates GmbH. www.finance-magazin.de. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv".